

Die demokratischen Werte wachsen heran

Zurück zum täglichen Leben, wo ich vieles mit deutschen Augen gesehen habe; so gibt es große Fortschritte im sozialen Leben der Gesellschaft. Zum Beispiel verläuft das Anstehen für Fahrkarten oder sonstiges viel geordneter. Meinungsunterschiede in Diskussionen oder Debatten sind kein Tabu mehr, viele Menschen haben angefangen, sich daran zu gewöhnen, Kritik zu akzeptieren, ohne sich beleidigt zu fühlen. In einem Dorf lebten Mitglieder von verschiedenen Parteien — ohne ständig politische Auseinandersetzungen zu haben. Im Dorf waren die Fahnen von verschiedenen Parteien gehisst worden und es gab Slogans mit Friedensaufrufen zwischen den einzelnen Parteien und so weiter. Aus dieser Perspektive ist es eine erfreuliche Entwicklung, oder mit anderen Wor-

ten: Die demokratischen Werte wachsen heran und schlagen Wurzeln in der Gesellschaft.

Ein brennendes Problem ist allerdings, dass Intellektuelle, Aktivisten und Politiker noch keine politische Vision entwickelt haben, die von einer öffentlichen Mehrheit geteilt wird. Alle gehen nur von der eigenen Perspektive aus und diese »Wahrheit« wird dann der Öffentlichkeit aufgezungen. Wenn sich eine Person oder eine Gruppe gegen diese Gedanken verwehrt, werden sie mit akademischen und politischen Argumenten als dumm bezeichnet. Die Motoren der Entwicklung haben noch nicht ernsthaft die Vorstellungen, die sich innerhalb der Gesellschaft entwickeln, aufgenommen, um Konzepte für das Weiterkommen der Gesellschaft zu formulieren. Die Entscheidungen und die Politik von Legislative, Exekutive und Judikative sind eben so, sie machen Kompromisse, die nicht vom

Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit geleitet sind, sondern vom Interesse von Privatpersonen oder bestimmten Gruppen.

Das Volk beginnt, sich in verschiedenen Massenorganisationen oder auch in den politischen Parteien zu organisieren. Aber die Massenorganisationen und die Parteien funktionieren noch nicht optimal. Wenn ihre Entwicklung allerdings nicht durch eine autoritäre Regierung blockiert wird, wird es früher oder später Parteien und Massenorganisationen geben, die sich am Interesse der Öffentlichkeit orientieren. Die wichtigste Bedingung dafür ist, dass die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ohne Behinderungen vorankommen und das Kapitel der Neuen Ordnung, das heißt die Suharto-Zeit und ihre Überreste, nicht nach dieser Wahl wieder an Macht gewonnen hat.

Paarlauf

Zur Novellierung der Wahlgesetze

von Mathias Diederich

*Die letzten Parlamentswahlen im Jahr 1999 waren die ersten freien Wahlen seit 1955. Die Durchführung, nur ein Jahr nach dem Ende der Suharto-Ära, konnte als Erfolg gewertet werden. Auch internationale Beobachter stellten fest, dass der Urnengang angesichts der Umwälzungen, die ihm vorausgegangen waren, erstaunlich fair und demokratisch verlaufen war. Dennoch gab es Defizite, die zu einer Novellierung der Wahlgesetze unter Präsidentin Megawati Soekarnoputri geführt haben. Die wichtigsten Veränderungen für die nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sollen hier in Kürze dargestellt werden.**

An den alten Wahlgesetzen, die in Eile während der Interimsregierung von Präsident B.J. Habibie verabschiedet worden waren, gab es vor allem folgende Kritikpunkte:

- der Zuschnitt der Wahlkreise habe dünn besiedelte Gebiete zu viel Gewicht verliehen;
- die Zahl der zur Wahl zugelassenen Parteien sei zu groß gewesen und habe dazu geführt, dass vielen Parteien der Einzug ins Parlament verwehrt blieb;

- die Parteien seien nach den Wahlen bei der Nominierung ihrer Parlamentarier nicht darauf angewiesen, den Wählerwillen zu respektieren. Das Volk müsste deshalb durch die Wahlen direkteren Einfluss auf die personelle Besetzung des Parlaments nehmen können;
- die Präsidentschaftswahl durch die Volksvertreter habe die Wunschkandidatin des Volkes, Megawati Soekarnoputri, nicht zum Zuge

kommen lassen (Megawati Soekarnoputri ist zwar mittlerweile bekanntlich Amtsinhaberin, aber 1999 war zunächst Abdurrahman Wahid zum Präsidenten gewählt worden, dessen Partei PKB weit aus schlechter abgeschnitten hatte als Megawatis PDI.).

Der Autor ist wissenschaftl. Mitarbeiter am Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien (Südostasienswissenschaften) der Uni Frankfurt..

Natürlich gab es um die neuen Wahlgesetze große Kontroversen. Wie Eschborn und Riedel in ihrem Artikel »Indonesien im Vorwahljahr« ausführen, favorisierten die Parteien unterschiedliche Modelle — je nach Größe, Führungspersönlichkeiten und landesweitem Netzwerk. Das Ergebnis war ein mühsam ausgehandelter Kompromiss. Schon im Vorfeld der Wahlen wird deutlich, dass sich Teile der Gesetze widersprechen und Dekrete der Wahlbehörde (KPU) nicht immer durchsetzbar sind. Die KPU bemüht sich derzeit, durch kurzfristige Maßnahmen einen reibungslosen Ablauf der Wahlen zu gewährleisten.

Die wichtigste Neuerung im Gesetz ist die Direktwahl des Präsidenten und Vizepräsidenten durch die Bürger. Vor dieser für Indonesien neuartigen Personenwahl, zu der die Kandidaten für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft als Paar antreten werden, muss allerdings zunächst die Parlamentswahl durchgeführt werden.

Die Parlamentswahlen

Für die Parlamentswahlen ist auf Grund der Erfahrungen von 1999 eine neue Verfahrensweise eingeführt worden. Es handelt sich um eine Mischform aus Parteien- und Personenwahl. Dabei sind übrigens auch gewisse Ähnlichkeiten mit den deutschen Gesetzen für die Wahl des Bundestags zu erkennen.

Wenn am 5. April 2004 in Indonesien Parlamentswahlen stattfinden, sind 550 Sitze im nationalen Parlament zu vergeben. Der Zuschnitt der Wahlbezirke wurde verändert und dabei festgelegt, dass ein Abgeordneter mindestens 325.000 Wähler vertritt, höchstens aber 425.000. Diese nach der Reform noch immer bestehenden Unterschiede sind auf die unterschiedliche Bevölkerungsdichte in Indonesien zurückzuführen.

Es stehen auf Grund strenger Zulassungskriterien mit 24 Parteien nur noch genau halb so viele Parteien zur Wahl wie 1999. So sollen »Weimarer Verhältnisse« verhindert werden.

Jeder Wähler kann einer der 24 zugelassenen Parteien seine Stimme geben. Wer sich für eine Partei entschieden hat, kann auf dem Stimmzettel zusätzlich sein Votum für

einen bestimmten Kandidaten der Partei seiner Wahl abgeben.

Konkret bedeutet das für die Arbeit der Wahlbehörde folgendes:

Zunächst wird die Mandatsverteilung nach Parteien festgestellt. Dafür wird die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der für den jeweiligen Wahlbezirk vorgesehenen Mandate geteilt. So wird ermittelt, wie viele Stimmen für einen Sitz erforderlich sind.

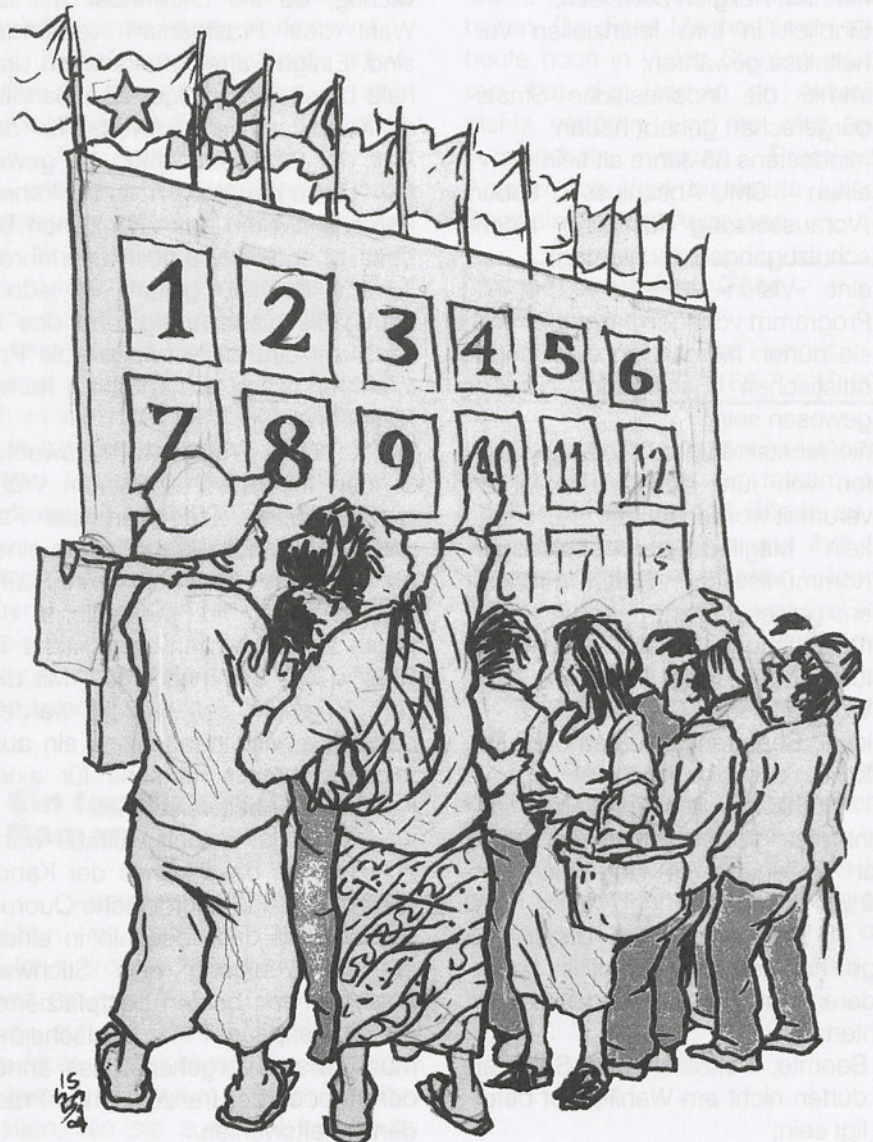
Danach wird festgestellt, welche Kandidaten der jeweiligen Partei auf sich so viele Stimmen vereinigen können, wie für einen Sitz nötig sind. So können diese Kandidaten unter Umständen »aus eigener Kraft« einen Sitz erreichen. Eine Partei, die zum Beispiel fünf Sitze erringt, kann diese also nicht automatisch für die fünf Kandidaten bereit stellen, die parteiintern dafür vorbestimmt waren. Erst wenn nach der Vergabe der Direktmandate durch die Wahlbehörde noch Sitze an die Partei zu vergeben sind, werden die Erstplatzierten der

parteiinternen Liste berücksichtigt.

So entscheidet zwar der Wählerwille mit darüber, wer die Partei im Parlament repräsentieren soll. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass die von der Partei intern favorisierten Kandidaten zum Zuge kommen, ist in Indonesien hoch, denn gerade bei kleinen Parteien gibt es kaum die Aussicht auf Direktmandate. Die Wähler müssen ihren Wunschkandidaten aus einer Liste herausuchen und die jeweilige Parteiführung kann nach der Wahl sogar die Auswechslung von DPR-Abgeordneten erwirken.

Die Präsidentschaftswahlen

Das Vorschlagsrecht für die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten haben die bei der Parlamentswahl erfolgreichen Parteien. Für die Wahlen am 5. Juli 2004 wurde festgelegt, dass solche Parteien ei-



nen Präsidentschaftskandidaten vorschlagen dürfen, die bei der Wahl mindestens fünf Prozent der gültigen Stimmen und drei Prozent der Parlamentssitze erringen konnten. Diese Bestimmung soll künftig verschärft werden (20 Prozent der gültigen Stimmen, 15 Prozent der Mandate). Es gibt für die Parteien die Möglichkeit, Koalitionen zu bilden und gemeinsam Kandidaten für die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten zu bestimmen. Auf diese Weise können sie die oben genannten Prozenthürden überwinden. Viel Zeit allerdings bleibt ihnen für entsprechende Verhandlungen nicht: Sieben Tage nach der Parlamentswahl müssen die Parteien bzw. Koalitionen ihre Kandidaten vorschlagen.

Die Kandidaten haben eine Liste von Kriterien zu erfüllen, die für westliche Demokratien zum Teil ungewöhnlich sind. Die Kandidaten müssen unter anderem

- an Gott glauben und dies durch Ausübung einer staatlich anerkannten Religion beweisen;
- Einblick in ihre finanziellen Verhältnisse gewähren;
- immer die indonesische Staatsbürgerschaft gehabt haben;
- mindestens 35 Jahre alt sein;
- einen SMU-Abschluss haben (Voraussetzung für eine Hochschulzugangsberechtigung);
- eine »Vision«, »Mission« und ein Programm vorlegen;
- sie dürfen niemals an einer separatistischen Bewegung beteiligt gewesen sein;
- nie rechtskräftig zu Gefängnisstrafen von fünf oder mehr Jahren verurteilt worden sein;
- kein Mitglied der ehemaligen Kommunistischen Partei Indonesiens gewesen sein;
- nicht schon einmal zwei Legislaturperioden lang Präsident bzw. Vizepräsident gewesen sein;
- keine Beamten, Soldaten oder Polizisten sein.

Für die Bewerber um Parlamentssitze gibt es selbstverständlich auch Auflagen. Sie sind allerdings weit weniger streng.

Der Wahlkampf dauert 30 Tage. Für den Wahlkampf ist neben anderen Auflagen Folgendes zu beachten:

- Beamte, Polizisten und Soldaten dürfen nicht am Wahlkampf beteiligt sein;

- die Infragestellung der Verfassung und ihrer Präambel, der Pancasila, ist verboten;
- die Benutzung von Bildungsstätten, sowie regierungseigenen und religiösen Einrichtungen ist verboten;
- Parteien müssen ein Wahlkampfkonto bei der Wahlbehörde (KPU) einrichten;
- der Wahlkampf darf nicht aus dem Ausland, von Unbekannten oder durch Staatsbetriebe finanziert werden.

Aktuell werden allerdings die Bestimmungen zur Wahlkampffinanzierung von mehreren Parteien missachtet.

Präsident und Vizepräsident werden, wie oben bereits erwähnt, nach dem neuen Wahlgesetz als Kandidatenpaar gewählt. So soll verhindert werden, dass es zu einer inkompatiblen Konstellation an der Spitze des Staates kommt. Die Kandidaten für die Vizepräsidentschaft sind also für den Ausgang der Wahl wichtig, da sie untrennbar mit der Wahl des Präsidenten verbunden sind. Einige Parteien versuchen deshalb bereits seit einiger Zeit, parteilose Kandidaten als Anwärter für das Amt des Vizepräsidenten zu gewinnen. Diese Kandidaten sind bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aber teilweise politikunerfahren. Gerade deshalb gelten sie jedoch häufig als glaubwürdig, und das ist auch der Grund, weswegen die Parteien versuchen, sie vor ihren Karren zu spannen.

Die Präsidentschaftswahlen können theoretisch in einem Wahlgang erfolgen. Dies wäre der Fall, wenn das Kandidatenpaar zum einen die absolute Mehrheit erringt und zum anderen in mindestens der Hälfte der Provinzen wenigstens 20 Prozent der Stimmen erhält. Mit diesem Kriterium soll erreicht werden, dass innerhalb Indonesiens ein ausreichend breiter Konsens für einen Kandidaten nachweisbar ist.

Es ist jedoch weitaus wahrscheinlicher, dass keines der Kandidatenpaare das erforderliche Quorum erreicht und dass deshalb in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidatenpaaren entscheiden muss. Diese Vorgehensweise ähnelt dem Modell der französischen Präsidentschaftswahlen.

Besonderheiten des indonesischen Wahlgesetzes

Allerdings gibt es neben solchen Gemeinsamkeiten auch Bestimmungen, die als weitere Besonderheiten des indonesischen Wahlgesetzes zu gelten haben:

Das aktive Wahlrecht haben alle anderen Bürger, die verheiratet, geschieden, verwitwet oder älter als 17 Jahre sind. Soldaten und Polizisten jedoch bleibt sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht verwehrt. Außerdem empfiehlt das Wahlgesetz den Parteien, mindestens 30 Prozent weibliche Kandidaten zu nominieren. Während des Wahlvorgangs wird kein Kreuz auf dem Wahlschein vermerkt, sondern man durchstößt das dünne Papier an der entsprechenden Stelle mit dem Finger.

In Anbetracht der besonderen Lage in der Unruheprovinz Aceh im nördlichen Sumatra enthält das Gesetz generelle Bestimmungen für den Fall, dass eine Wahl in einigen Landesteilen nicht durchführbar ist. Die Wahl kann für die betreffende Region notfalls sogar ganz neu angesetzt werden.

Für die Präsidentschaftswahl ist eine höhere Beteiligung zu erwarten als bei der Parlamentswahl. Die Gründe liegen auf der Hand: Die direkte Wahl von Personen motiviert die Wähler stärker zur Partizipation.

Die kommenden Monate versprechen viel Spannung. Dabei werden bedauerlicherweise Kandidatenkarussell und Gerüchteküche die indonesische und internationale Öffentlichkeit wahrscheinlich mehr beschäftigen als Sachfragen.

Anmerkungen

*) Aus Platzgründen unberücksichtigt bleiben hingegen die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Wahlen zum DPRD (Regionalparlamente) und zum neu eingeführten DPD (Regionalrat), die gleichzeitig stattfinden.

Weitere Informationen: Eschborn, Norbert und Riedel, Yvonne: Indonesien im Vorwahljahr – ein Stimmungsbild, in: KAS-Auslandsinformationen 9/03. www.kpu.go.id